

giösen oder christlichen Charakter ihres Tuns in der Gesellschaft zu verbergen. Auf alle Fälle haben sie ein positiveres Bild vom Menschen und setzen größeres Vertrauen in ihn. Sie akzeptieren die Realität der Welt und zählen dazu auch die Kirche, nicht umgekehrt. Ihre Theologie gründet auf der Reform, die mit dem II. Vatikanum begonnen hat; ihre ekklesiologischen Leitideen sind der Volk-Gottes-Gedanke, Kommunion und Dialog. Sie beabsichtigen, das Christentum durch diskrete Aktionen zu inkulturieren, nicht durch eigenständige Institutionen.

Diese Debatte ist typisch für mehrheitlich katholische Länder. Erstmals wurde sie gewiß recht friedfertig geführt beim Kongreß über das Thema Evangelisierung, der vom 9. bis 14. September 1985 in Madrid stattfand, wenige Monate nach dem italienischen Kongreß. Unter den spanischen Katholiken gibt es in der Tat diese beiden pastoralen Konzepte, aber einen Dialog gibt es zwischen beiden Gruppierungen nicht. Unter Berücksichtigung unserer jüngsten Vergangenheit kann eine Gruppierung von Katholiken mit dem Streben nach einem politischen Einheitsblock religiöse Konflikte anheizen, die im Grunde gesellschaftliche Konflikte darstellen. Die Sozialabteilungen der Diözesen im Baskenland haben diese Befürchtung klar zum Ausdruck gebracht: „Wir fürchten, daß eine neokonfessionelle Einheitsfront als Alternative zum Modell der Gesellschaft eine konfliktträchtige Vergangenheit wiederbeleben würde, die wir glücklicherweise für überwunden hielten.“⁸

Jane Collier

Hoffen ist, sich an die Zukunft zu erinnern

Die kritische Haltung der Kirchen zur Regierung Thatcher

Die Regierung Thatcher in Großbritannien ging zwar theoretisch von christlichen Prinzipien aus, aber in der Praxis wurde der Weg des Evangeliums weitgehend verlassen. Der folgende Beitrag schildert, wie die Kirchen in dieser Zeit gelernt haben, ihre prophetische Funktion wahrzunehmen und damit die Politik im Sinne der Forderungen Jesu zu beeinflussen. red

Es war gegen zehn Uhr morgens. Ich stand an meinem Bürofenster und blickte auf die Straße. Plötzlich merkte ich, daß etwas Seltsames los war. Autos hielten an, Fremde grüßten einander und gaben sich die Hand. Ich hörte laute Stimmen, Autohupen. Ein Kollege kam ins Zimmer gelaufen und rief: „Es ist vorbei, sie ist raus, fertig!“ Ich setzte mich hin und dachte nur: Gott sei Dank – die Frau Thatcher ist abgesetzt worden. Der Schaden, der Schmerz der letzten zehn Jahre – alles vorbei. Erst in diesem Moment begriff ich, wie sehr ich persönlich in diesen Jahren gelitten habe – nicht weil ich arm, arbeitslos, ohne Heim wäre oder weil ich allein mitten in einer Großstadt lebe, sondern weil ich letzten Endes Christ bin. Als Kinder Gottes gehören wir zur selben Familie, und daher leiden wir alle die Schmerzen der anderen mit. In den letzten elf Jahren haben viele Menschen in England die gleiche Erfahrung gemacht wie ich.

Die Kirche als Volk Gottes steht mitten in der Gesellschaft als Verkörperung der Wahrheit Gottes, also ist die Kirche diejenige, die unser Mit-Leid ausdrücken muß, und zwar auf zwei verschiedenen Ebenen. Einerseits muß sie die Wahrheit sagen, verkünden, andererseits muß die Wahrheit getan werden. Kirchen und kirchliche Organisationen haben immer praktische Initiativen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot unternommen und sind dabei von anderen als Zeugen des angekommenen Reiches Gottes gesehen worden. Aber das Neue und Interes-

⁸ Secretariados Sociales Diocesanos de Pamplona, Bilbao, San Sebastián y Vitoria, Compromiso cívico y neoconfesionalismo, San Sebastián 1986, 89.

sante ist, wie oft und in welcher Hinsicht die Kirchen in Großbritannien in den letzten elf Jahren die Philosophie und Politik der Regierung Thatcher schwer kritisiert haben, so daß sie nicht nur Zeugen, sondern Propheten dieses Reiches geworden sind.

Die Haltung der Kirchen hat sich nach 1979 wesentlich geändert. Bis dahin wurde es immer irgendwie angenommen, daß die katholische Kirche als Minderheitskirche nichts zu sagen hatte, daß die Church of England nie gegen die Regierung sprechen würde und daß die Freikirchen nicht einig genug sind, um mit einer Stimme zu sprechen. In einem Land, in dem es eine Staatskirche gibt, wird auch angenommen, daß Kirche und Regierung gemeinsam die Verantwortung für die nationale Moral tragen. Die Seele wird von der Kirche versorgt, der Leib von der Regierung! Die Kirche soll sich höchstens als Gesprächsgruppe äußern. Diese Ansicht war so verbreitet, daß nach 1979 die neu zum Ausdruck gebrachte kirchliche Kritik an der Thatcher-Regierung von Journalisten, Akademikern und anderen, die von der Thatcherpartei (etwa der rechte Flügel der Torypartei) für ihre Kommentare entsprechend belohnt wurden, als sozialistisch oder als Einmischung in die Politik beurteilt wurde. Vielleicht der berühmteste dieser Ausprüche kam von einem Akademiker in Cambridge, der sagte, die Kirchen sollten ihren Mitgliedern nur ewige Wahrheiten verkünden und sollten weltliche Interessen und Einflüsse weltlichen Organisationen überlassen. Frau Thatcher selber hat 1987 den Bischöfen gegenüber geäußert, die Kirchen sollten sich mehr um die persönliche Moral des Volkes und weniger um politische Moral kümmern.

Die Auffassung, daß die Kirche nichts mit Politik zu tun habe, stammt aus einem Mißverständnis der Rolle der christlichen Kirche. Eine prophetische Kirche glaubt nicht nur an einen zukünftigen Himmel, sondern ist Zeichen der Möglichkeit des Reiches Gottes auf dieser Erde, also des „Evangeliums“ für diejenigen, die sich machtlos und verloren fühlen, die nicht mehr wissen, ob Gott sich um sie kümmert. Das Wort Gottes im Alten Testament hat immer mit Welt, mit Politik, mit menschlicher Wohlfahrt zu tun. Das ganze Leben Jesu war eine politische

Aussage. Die Kirche muß also in jedem Zeitalter die historische Realität mit den Augen Gottes sehen und diese Realität immer wieder zur Bekehrung rufen. Daher ist es unmöglich, die Rolle der Kirche in der Gesellschaft zu beschränken, auch wenn sie eine Staatskirche ist.

Die letzten zehn Jahre könnten in England in vieler Hinsicht als ein Abbau des Reiches Gottes gesehen werden. Der Unterschied zwischen Reich und Arm ist größer geworden. Frau Thatcher meinte, die Leute, die mehr haben, sind die, die mehr haben sollen, weil sie mehr verdienen – nicht im finanziellen, sondern im moralischen Sinn. 1988 haben die obersten fünf Prozent der Bevölkerung 40 Prozent der Steuersenkung erhalten. Absolute Armut ist gewachsen, Arbeitslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit, ist stark gestiegen. Industrien sind abgebaut worden, ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit, neue Industrien zu entwickeln. Nötige neue Technologien wurden nicht gefördert, sondern den Universitäten und anderen Institutionen wurde das Geld für die Forschung gekürzt. Die finanzielle Basis für Schulbildung und nationale Gesundheitsversorgung wurde so vermindert, daß die Dienste nicht mehr ausreichend funktionieren. Gleichzeitig versuchte die Regierung, Privatschulen und Privatvorsorge zu fördern.

Gesellschaft als Idee ist in den letzten elf Jahren unmodern geworden; Frau Thatcher sagte, „so etwas wie Gesellschaft gibt es nicht“. Ihre ganze Politik förderte die Zentralisierung und zerstörte die Subsidiarität. Durch Geldmangel wurde örtlichen Regierungen, Schulen, Universitäten und Krankenhäusern die Entscheidungsvollmacht entzogen. Es gibt heute berühmte Londoner Krankenhäuser, in denen Betten leerstehen und Ärzte nicht genug Arbeit haben, weil die Krankenhäuser nicht genug Geld haben, um Krankenschwestern anzustellen. Sogar die traditionelle Freiheit der Presse, des Fernsehens und der Medien wurde bedroht. Vom christlichen Standpunkt aus gesehen lag das Grundproblem der Thatcher-Regierung darin, daß einerseits die Freiheit des Marktes, persönliche Entscheidung, persönliche Verantwortung und Handlungsfreiheit als christliche Lebensprinzipien verteidigt wur-

den, daß andererseits aber eine öffentliche Moral gezüchtet wurde, die Erfolg und Stärke als persönliche Werte hochhält ohne Rücksicht auf jene, die schwach, arm und schweigend eine gerechte Gesellschaft erwarteten. Das Evangelium wurde beiseite geschoben, auch wenn die Ideologie oft in theologischer Sprache ausgedrückt wurde.

In gewissem Sinne waren die Kirchen mit den Grundideen der Regierung einverstanden. Letzten Endes stammt die Thatcher-Ideologie direkt aus der jüdisch-christlichen Ethik der persönlichen Verantwortung und der Selbstbestimmung in einer freien Marktwirtschaft. Aber im Evangelium geht es um praktisches Handeln, es hat mit Auswirkungen und mit Folgerungen zu tun. Die Mittel, die von der Regierung gebraucht wurden, um ihre Ziele zu erreichen, hatten oft unethische Konsequenzen. So hatte z. B. der Versuch, Mitbestimmung in der Industrie durch Vergrößerung der Aktionärszahl zu verbreitern, nur zur Folge, daß die Profite der Finanzinstitutionen vermehrt wurden. Die Leistungsfähigkeit der Industrie wurde verbessert; allerdings wurde dafür eine Arbeitslosigkeit in Kauf genommen, die rücksichtslos Menschen zu Dienern des Wirtschaftsystems machte.

Die Kirchen konnten nicht weiter schweigen. Aber ihre Reaktion konnte mehr oder weniger prophetisch sein. Es gibt zwei Möglichkeiten der Argumentation. Die deduktive Argumentation beginnt mit allgemeinen Prinzipien (z. B. Naturgesetz) und sieht bestimmte Probleme und ihre möglichen Lösungen von einem theoretischen Standpunkt aus. Diese „middle axiom“-Haltung wird traditionell von allen Konfessionen der englischen Kirche gewählt. Es gibt aber auch die induktive Argumentation, die von der Befreiungstheologie gebraucht wird. Man beginnt bei der Erfahrung, findet dann im Evangelium eine Situation oder eine Geschichte, durch die die Erfahrung interpretiert werden kann, und zieht Lösungen oder Empfehlungen daraus. Viele Aussagen der christlichen Kirche während der Thatcher-Zeit waren nicht mehr rein deduktiv, sondern auch induktiv. Ihre Autorität entsprang der eigenen Erfahrung von der Entfernung zwischen Evangelium und Praxis.

Aber prophetisch zu sein ist nicht leicht, und Kirche kann leicht zu einer Abstraktion werden. Wer soll prophetisch sprechen? In der katholischen Kirche ist es die Bischofskonferenz. Aber in den letzten Jahren haben sich die Bischöfe (mehr oder weniger unter dem Einfluß des Vatikans) wenig geäußert. Aber es gibt Ausnahmen: Kardinal Hume, ein geistlicher Mann, hat öffentlich gegen die Sozialpolitik der Regierung protestiert. Erzbischof Worlock von Liverpool hat energisch mit seinem Kollegen und Freund, dem anglikanischen Bischof Shepherd, zusammengearbeitet, um die schlimmsten Zustände der Innenstadt zu verbessern. Sie haben gemeinsam zahlreiche praktische Initiativen gesetzt und haben auch die Medien genutzt, um ihre Arbeit bekanntzumachen.

In der anglikanischen Kirche äußert sich das Bischofshaus nie; es sind vielmehr einzelne Bischöfe wie Runcie und Jenkins. Aber in der anglikanischen Kirche gibt es eine Hierarchie von Studiengruppen, Kirchenräten und Kirchenversammlungen. Diese haben eine Reihe von Problemen studiert: die Einwanderungsgesetze, die Sanktionen gegen Südafrika, die Nukleardebatte, den Bergleutestreik von 1984 und besonders die Sozialpolitik und deren Ergebnisse, Arbeitslosigkeit und Armut, vor allem in der Großstadt. Sie haben sich nicht immer einheitlich geäußert; oft wurde ein Bericht von einer Arbeitsgruppe herausgegeben, der nachher von dem entsprechenden „Board“ abgelehnt wurde und noch später in der Kirchenversammlung mit qualifizierter Mehrheit angenommen wurde. Die Hauptsache aber war, daß solche Diskussionen öffentlich in Zeitungen und Fernsehen erschienen und deshalb von vielen diskutiert wurden, auch von Menschen, die gar nichts mit Kirche zu tun hatten.

Die anglikanischen Bischöfe als Gruppe hatten eine schwierige Rolle. Erstens ist ihre Kirche die Staatskirche, und zweitens sitzen sie alle im Oberhaus, wo sie als Individuen und nicht als Gruppe agieren. Außerdem hatten sie in den letzten Jahren ihre eigenen Probleme und Auseinandersetzungen in der Kirche selber – über Frauenpriestertum, über Homosexualität und vor allem über die christliche Lehre, z. B. über die Auferste-

hung Christi. Es war unvermeidlich, daß Bischöfe (wie z. B. Leonhard von London), die gegen Liberalismus in der Kirche waren, auch die Politik der Regierung unterstützten. Bischof Jenkins von Durham dagegen sagte am Ostersonntag 1988, daß die Politik der Thatcher-Regierung ein Übel sei. Die prophetischen Aussagen waren also gegensätzlich. Das wurde besonders während des Falklandkrieges deutlich, als so viele Menschen auf beiden Seiten unnötig starben. Erzbischof Runcie von Canterbury, der gegen eine Siegesfeier in der St. Pauls Cathedral protestierte, wurde von vielen als unpatriotisch angesehen.

Aber manchmal wurde die wahre prophetische Stimme der Kirche deutlich gehört. Vielleicht das wichtigste Dokument der Kirche in den letzten Jahren war „Glauben in der Großstadt“ (Faith in the City), ein Bericht der Archbishop of Canterbury's Advisory Group on Urban Priority Areas. Hier sprach die Kirche nicht nur prophetisch, sondern auch praktisch. Obwohl die strukturellen Probleme nicht behandelt wurden, machte der Bericht konkrete Vorschläge für Regierung und Kirche, wodurch Ungerechtigkeiten in einzelnen Bereichen der Großstädte überwunden werden konnten. Die Regierung reagierte sehr stark gegen den Bericht und hat ihn sogar als ideologisch und marxistisch bezeichnet. Aber trotzdem wurde in diesem Fall die prophetische Stimme der Kirche gehört und dadurch ein neues Bewußtsein für das Volk und auch für die Regierung geschaffen. Ein Erfolg des Berichtes war, daß die Regierung neue Initiativen in der Großstadt setzte und dabei zum Teil mit den Kirchen zusammenarbeitete.

Die Haltung der Kirchen während dieser Jahre hat auch mitgeholfen, dem Volk die Augen zu öffnen. Die Kirchen sprachen mit einer Stimme gegen die „Kopfsteuer“, die 1989 eingeführt wurde. Diese Steuer war extrem ungerecht, weil Reich und Arm in einer bestimmten Gegend die gleiche jährliche Summe an die örtliche Regierung bezahlen mußten. Sogar die Allerärmsten, die kein Einkommen haben und von Sozialzuschüssen leben, mußten noch 20% der Steuer zahlen. Die Regierung war der Auffassung, daß in einer freien Marktwirtschaft jeder für gleiche Dienste das gleiche zahlen sollte. Aber

erstens verwechselt diese Logik Preis und Steuer, und zweitens hat auch in einer Marktwirtschaft keiner die Pflicht zu zahlen, was er sich nicht leisten kann. Die öffentliche Meinung hielt die Kopfsteuer für so ungerecht, daß die Regierung sich damit auseinandersetzte. Die Revolution gegen Frau Thatcher begann, und sie wurde endlich abgesetzt.

Es gab in den letzten elf Jahren Momente, da man sogar als Christ nicht mehr richtig zwischen Propaganda und Wahrheit unterscheiden konnte. Was sollte man zum Beispiel denken, wenn Frau Thatcher selbst im Jahr 1988 auf der Generalversammlung der Schottischen Kirche predigte? Die Kirchen haben geholfen, das Evangelium als Wort Gottes mitten in der politischen Situation lebendig zu halten. Sie haben das Volk ermutigt, die wahre Botschaft des Evangeliums zu hören, daß Jesus für die Armen, für die Fremden und für die Vertriebenen immer da ist und daß er von uns als Christen, soweit wie möglich, das gleiche verlangt. Vor allem haben die Kirchen den Geist der Hoffnung lebendig gehalten, damit die Zukunft von denen, die an Gottes Gerechtigkeit glauben, nicht vergessen wurde.

Toni Bernet-Strahm

Strukturelle Umkehr: die Petition „Entwicklung braucht Entschuldung“

„Helvetia docet“ – und es ist zu hoffen, daß möglichst bald möglichst viele Industrieländer dem Beispiel der Schweiz folgen, die aus Anlaß ihrer 700-Jahre-Feier eine wirklich spürbare Entschuldung von Ländern der Dritten Welt startet. red

„In jedem 7. Jahr sollt ihr alle Schulden erlassen . . .“, forderte das Alte Testament von den Israeliten (vgl. Dt 15, 1ff und Lev 25). Die Idee eines vorgeschriebenen Forderungsverzichts findet sich in der Bibel in den verschiedenen Formen des Sabbat-, Erlaß- oder Halljahres. All diese Regelungen lassen sich auf einen gleichen Grundgedanken zurückführen: Armut darf sich nicht strukturell verfe-